

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Erarbeitung einer Konzeption zur Überwindung der strukturellen Krise und des ökonomischen Zusammenbruchs der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, angesichts des Diktates der völligen Marktliberalisierung durch die EU-Kommission und ihrer nachgeordneten Behörden,

1. Vorstellungen zu entwickeln, ob und wie die Milchproduktion im Lande bei
 - a) Freigabe der Importe aus anderen Erzeugerregionen als der EU
und
 - b) der Abschaffung der Milchquote unter dem Gesichtspunkt der komparativen Preise bei faktisch zusammengebrochenem Binnenmarkt noch profitabel oder zumindest kostendeckend erfolgen kann;
2. Vorstellungen zu entwickeln, wie die deutsche Küstenfischerei in Mecklenburg-Vorpommern ohne weitere Arbeitsplatzverluste überleben kann, angesichts der jährlich gesenkten Fangquoten für unsere deutschen Fischer in Mecklenburg-Vorpommern bei partiell gleichzeitiger Erhöhung der Fangquoten zugunsten ausländische Fischer;
3. Vorstellungen zu entwickeln wie der ökologische Landbau als einzig umwelt- und ernährungsgerechte Zukunfts-Perspektive für unsere Landwirtschaft bevorzugt wird gegenüber
 - a) der Massentierhaltung mit den damit verbundenen Gefahren von Pandemien, Überdüngung und medikamentösem Doping;
 - b) dem Anbau von Monokulturen auf ökologisch minderwertigen Großflächen ohne Windschutz und Feldrain;
 - c) der direkten und indirekten Nutzung von gentechnisch veränderten Pflanzen- und Futtermitteln mit ihren quasifeudalen Produktionsverhältnissen und den daraus entstehenden sozialen Verwerfungen und Abhängigkeiten;

4. bis zum 31.12.2009 eine Grundkonzeption für eine neue Richtlinienpolitik zu erarbeiten, in die diese Vorstellungen einfließen, damit unsere Landwirtschaft als der wichtigste Wirtschaftszweig vor einer strukturellen Krise und einem ökonomischen Kollaps bewahrt werden kann.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Die vollständige „Marktliberalisierung“ für die Landwirtschaft durch die EU-Kommission und ihrer nachgeordneten Behörden führt zu einer asymmetrischen Konkurrenz von Produzenten außerhalb Europas mit deutschen Landwirten einerseits und von Landwirten mit hohen Viehbeständen oder Großanbauflächen, aber geringem ökologischen und ernährungsphysiologischen Wert andererseits. Ferner mündet diese Politik bei einer ungerechten Verminderung der Fischfangquoten deutscher Küstenfischer bei gleichzeitiger absoluter oder relativer Erhöhung von Fischfangquoten anderer Länder zum kapitalverzehrenden Arbeitsverbot der ökologisch wertvolleren Küstenfischerei gegenüber der „Gammelfischerei“.

Die kurzfristig ökonomisch „bessere“ Situation dieser Konkurrenten führt, wie die Milcherzeugung, Industriemast, Monokulturanbau, Fischereiwirtschaft und Gen-Landwirtschaft zeigt, dazu, dass die nachhaltigere, das ist ökologisch und beschäftigungsmäßig höherwertige Produktionsweise durch diese Asymmetrie langfristig verdrängt werden.

Die Landesregierung kann diese Entwicklung nicht mit technokratischen Maßnahmen oder verhandlungsdiplomatischen Winkelzügen verhindern, sondern nur verzögern. Soziale Unruhen unter den Erzeugern sollen so verhindert werden, um bei einem schleichenden Erzeugersterben einen organisierten Widerstand gegen diese EU-Politik unwahrscheinlich werden zu lassen.

Die Landesregierung soll mit dieser Initiative aufgefordert werden, Bedingungen aufzuzeigen, unter denen Deutsche auch morgen noch in Mecklenburg-Vorpommern Landwirtschaft mit Würde leben und arbeiten können und nicht als 1-Euro-Sklaven mit Harz IV-Unterstützung vegetieren oder in andere Regionen als Fremdarbeiter abwandern müssen.